

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.75 RM., monatlich 2.25 RM. ...

Dr. Formáts' erscheint wochentlich ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 22. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Vor den Gemeindewahlen.

Worum wählen wir sozialdemokratisch?

Morgen ist Gemeindevahl. Die Beteiligung an ihr und ihr ...

Alle Welt redet von Sozialisierung. Wer kann sozialisieren? ...

Das gleiche Wahlrecht in der Gemeinde ist ein entscheidend ...

Die Gemeinde ist ein geeigneter Boden für den aufbauenden ...

Die Unabhängigen haben nirgends etwas Positives für die ...

Darum muß jeder, der auf den gewaltlosen Wegen der Demokratie ...

Kein Mann, keine Frau des werktätigen Volkes darf morgen ...

Die Sozialdemokratie hat das gleiche Recht aller Männer und ...

Für die Sozialdemokratie!

Die Ereignisse in Bayern.

Die Münchener Ereignisse zeigen aufs neue mit erschütternder ...

Wir nehmen gern davon Kenntnis, daß die „Freiheit“ und die ...

Nein, es gibt nur ein Mittel, sie zu heilen, das ist die Erkenntnis, ...

Die deutsche Sozialdemokratie wäre bereit, selbst über vergossenes ...

München, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) ...

1. Der Belagerungszustand wird erklärt auf drei Tage bis Montag früh ...

2. Aufforderung aller drei sozialistischen Gruppen, den Kampf gegen die ...

3. Die Mehrheitssozialisten und die freien Gewerkschaften erklären ...

4. Die Regierung kündigt für heute oder morgen die Ausgabe von ...

Der Bauerrat ist bei keiner dieser Bekanntmachungen genannt.

Sie sind zum Teil unterzeichnet vom Ministerium für militärische ...

Das Landtagsgebäude ist jetzt von Räuden besetzt. Sitzungen sind ...

Aus dem Lande und den kleinen Städten hört man noch nichts. Es ...

Die Straßten drohen mit Streik, weil ihre Mehrzahl nicht den drei ...

Schwere Unruhen in Augsburg.

Zerstörung der bürgerlichen Zeitungen.

Augsburg, 22. Februar. Aus Anlaß der Ermordung Eisners kam es ...

Kein Generalstreik in Nürnberg.

Trauerkundgebung der Arbeiterschaft.

Nürnberg, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) ...

Revolution und Gemeindevahl.

Von Hugo Heimann.

Vor langen Jahren schrieb einer unserer Geistesheroen, Ferdinand ...

Das Glück, diesen weltgeschichtlichen Sonnenaufgang, zusammengebrängt ...

Von allen Neuerungen, die die Revolution uns gebracht hat und noch ...

Umgestaltung der kommunalen Verfassung

jeden einzelnen Menschen. Mit vollkommener Gleichgültigkeit stand ...

Für alles, was der einzelne zum Leben brauchte, war er mit einem ...

War die Regelung durch die Gemeinde häufig genug auch unzulänglich ...

im Interesse der unbemittelten Bevölkerung

noch in ganz anderer Weise extensiv wie intensiv ausgestaltet. ...

Die Sozialdemokratie betrachtet es aber als ihre Aufgabe, nicht nur ...

Die Revolution hatte politische und wirtschaftliche Ziele. Die ersten sind zu einem Teil verwirklicht. Keine Schranken des Dreiklassenwahlrechts, des Hausbesitzerprivilegs, kein Ausschluß der Jugend und der Frauen hindern jetzt die freien Bürger und Bürgerinnen Berlins zu ihrem Teil mitzuwirken, daß die Gemeindegemeinschaften so geführt werden, wie sie es für richtig halten. Erst jetzt können die Gemeinden wirklich das werden, was sie nach Steins Absichten schon vor mehr als 100 Jahren werden sollten: Anstalten zur Hebung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte der Nation. Erst jetzt wird, wie Stein sich ausdrückt: „Der Inbegriff sämtlicher Bürger der Stadt die Stadtgemeinde ausmachen.“ Rechte bedingen Pflichten. Niemand darf es morgen unterlassen, seiner Wahlpflicht zu genügen und der sozialdemokratischen Partei seine Stimme zuzuführen. Insbesondere sollte keine Frau verjährt, von ihrem neuen, ihr durch die Sozialdemokratie erkämpften Wahlrecht Gebrauch zu machen; ist sie es doch, die als Hüterin und Leiterin des Haushalts von allen Maßnahmen der Gemeinde in erster Reihe betroffen wird.

Nach den politischen Zielen der Revolution gilt es die ungleich schwierigeren wirtschaftlichen in Angriff zu nehmen und

der sozialistischen Wirtschaftsordnung

die Bahn zu eröffnen. Hier bietet sich für unsere großen Gemeinwesen ein Feld fruchtbarer Tätigkeit. Nicht nur Bildungs- und Finanzwesen, Gesundheitspflege, Wohnungsfürsorge und Wirtschaftspflege, Sozialpolitik im allgemeinen und im besonderen, Armen- und Waisenspflege sind im Interesse und nach den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung mit neuem Geist zu erfüllen, sondern es müssen neben den zahlreichen sich neu bietenden Aufgaben auch endlich die immer noch verzügerte Kommunalisierung des Verkehrs- und des Siedlungswesens begonnen und durchgeführt werden.

So fängt sich vor der morgen neuwachsenden Gemeindeberatung eine Fülle von Arbeit auf, schwerer und verantwortungsvoller, von höchster Bedeutung für den einzelnen wie für die Sache des Sozialismus. Nur die Vertreter der alten sozialdemokratischen Partei bieten die Gewähr, unbeeinträchtigt durch Strömungen von rechts und links diese Aufgaben zum Nutzen des Volksganzen durchzuführen.

Darum auf zur morgigen Stadtverordnetenwahl. Niemand fehle, und wer dazu beitragen will, unsere Stadtgemeinde nach der langen Nacht der Sorge und der Not bald kelleren Tagen entgegenzuführen,

der Stimme für die Liste der alten sozialdemokratischen Partei.

Die Notwendigkeit eines raschen Friedens.

Äußerungen Scheidemanns.

In einem Gespräch mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ äußerte Genosse Scheidemann folgendes:

Es muß sich jetzt zeigen, ob die Gegner noch Unterzeichnung des letzten Vertrages endlich in Friedensverhandlungen eintreten wollen, und ob sie bereit sind, die Blockade Deutschlands endlich aufzugeben und es in großzügiger Weise mit Nahrungsmitteln, Waren und Rohstoffen zu versorgen. Aus diesem Punkte allein ist alles zu harrern. Es liegen leider Anzeichen vor, daß es innerhalb der Entente nicht gelungen ist, den Genius der Rache, der in Frankreich lebt, gänzlich zu versöhnen. Ich will aber daraus keine pessimistischen Schlüsse ziehen, denn auf der anderen Seite sprechen so viele Gründe des Interesses auch bei den Gegnern für die schnelle Herbeiführung des Friedens, daß ich mir eigentlich ein solches Maß der Versöhnung nicht vorstellen kann, welches dazu gehörte, den heutigen Zustand auch nur noch wenige Wochen fortbauern zu lassen. Warnungszeichen sind ja in letzter Zeit genug am politischen Himmel der Entente aufgefliegen. Ich kenne die Um-

stände des Alltags auf Herrn Clemenceau nicht, aber es liegt doch nahe, auch dieses Ereignis unter die Symptome einzureihen, welche dafür sprechen, daß auch die Welt unserer Feinde den jetzigen Zustand nicht mehr weiter erträgt.

Abbruch des Generalstreiks im Ruhrrevier.

Der wilde Sturm im Ruhrgebiet ist verhaucht. Die Arbeiter beginnen sich wieder zu besinnen und zu beruhigen. Selbst die unabhängigen und sozialistischen Arbeiter sehen ein, daß sie mit dem Kopf nicht durch die Wand kommen, wie sie vor wenigen Stunden noch geglaubt haben.

In Essen fanden auf dem Burgplatz zwei große Bergarbeiterversammlungen statt. Dort hat der sozialistische Führer Hammer die Arbeiter aufgefordert, nach Hause zu gehen, weil am Sonntag die Arbeit wieder aufgenommen werde.

Eine im „Vereinshaus“ in Essen tagende Konferenz der unabhängigen sprach sich rückfällig für den sofortigen Abbruch des Streiks aus, weil er sich nicht durchführen lasse.

Essen, 21. Februar. Die Essener Streikkonferenz stimmte am Abend nach längerer Beratung dem in Münster vom A. und S.-Rat vorgetragenen Angebot und den Bedingungen des Generalkommandos mit allen gegen 9 Stimmen zu und beschloß damit den sofortigen Abbruch des Generalstreiks.

Verständigung zwischen A. und S.-Rat und Generalkommando.

Essen, 21. Februar. Die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ meldet: Vertreter des A. und S.-Rates, die zur Verhandlung über die Vorgänge im Industriebezirk zum Generalkommando nach Münster gefahren waren, legten dort folgende Wünsche des A. und S.-Rates vor: 1. Zurückziehung der Regierungstruppen bis nördlich der Lippe, und zwar bis 25. Februar. 2. Das Generalkommando verpflichtet sich, bei der Regierung dafür einzutreten, daß für alle an den Kämpfen Beteiligten eine möglichst weitgehende Amnestie gewährt werde. Die Gefangenen werden gegenseitig ausgetauscht.

Darauf stellte das Generalkommando seinerseits folgende Bedingungen: 1. Sofortige Räumung von Vortrupp durch die Truppen der Arbeiter und Befreiung Vortrupps durch die Regierungstruppen. 2. Zurückziehung der Geschütze in brauchbarem Zustand. 3. Herausgabe sämtlicher beschlagnahmten Gelder und Lebensmittel. 4. Herausgabe sämtlicher Gefangenen bis zum 22. Februar abends. Alle Gewalttätigkeiten, u. a. Sabotage sind einzustellen. Sofortige Aufhebung der Bahnkontrolle und Unterlassung jeder Einmischung in den Bahnbetrieb, Wiederherstellung der Pressefreiheit, sofortiger Abbruch des Generalstreiks. Die Abgabe aller Waffen ist sofort in die Wege zu leiten.

Die vorstehenden beiderseitigen Bedingungen wurden dann in einer gemeinsamen Beratung angenommen.

M. L. B. Münster, 22. Februar. Das Generalkommando teilt mit: Die gestrige Sitzung der A. und S.-Räte des Industriebezirks hat die Waffenstillstandsbedingungen des Generalkommandos angenommen, dessen wesentliche Bedingungen sind: Sofortige Einstellung des Generalstreiks, Waffenabgabe, ungehinderte Arbeit für Militär- und Zivilbevölkerung, sowie Freiheit der Presse. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Spartakus, besonders auch in Düsseldorf, diese Bedingungen erfüllt. Die Regierungstruppen stehen jedenfalls bereit, ins Industriegebiet einzumarschieren, falls die Bedingungen nicht reiflich durchgeführt werden. Die Regierung ist fest entschlossen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern unter allen Umständen im Industriegebiet auch für die Zukunft Ordnung zu schaffen.

Sonnt erheben können? Würde weltumfassende gemeinsame Arbeit nicht Verbesserung aller Völker bedeuten?

Ich glaube es.

Wer vor meinem Fenster liegt grau und dumpf die Finsternis.

„Wo die Lerche singt“.

(Theater am Rollendorffplatz.)

Nun schau ein Hummelchen weiß Wein- (und Wurf-) Angehenden auf der Bühne. Im Zuschauerraum den Beifall überdrückende Rufe und Hausstillschreie. Dies nicht ganz grundlos. Denn ungarisch eine peinliche Vorstellungsweise von reichlich vierhalb Stunden war es eine aus Textmühen zweier bereits von früher her bekannter Operetten („Puzin-Kavaler“ und „Schwarzwaldbühne“) langweilig zusammengefügter Gesänge, deren Abwicklung die an sich schon leberne Handlung noch gerulicher in die Länge zog.

Dazu Franz Lehars Rusli, die, so günstig sie instrumentiert ist, trotz aller Reien, Couplets, Terzette und Quartets doch so blühend Neues verkündet. Man merkt so wohl das kramphaste Bemühen, dem anspruchsvolleren Publikum möglichst „gediegen“ und „reformatorisch“ zu kommen. Allein es fehlt den Albrechtisten wie dem Komponisten an Spiritus. Ein Hinblitz auf Offenbach, Strauß und andere Altmeister besetzt darüber, nicht bloß was eine Operette ist und sein soll, sondern offenbar auch, wie so ein Ding gemacht sein muß: — gemoben aus sprühendem Schöpfergeist und heuchlich empfindlichem Humor. Diese Materie haben all die neueren Operettisten nicht. Die tollsten Reimerhältnisse mühen das zum Teil verurteilen. Zum Teil sage ich, aber wenn ernst, der humorische Rusli hervorbringen will, doch nur mit Leichenbittermisse komponiert, soll er lieber Totenmessen schreiben. Als Vorurteil im Mittelteil von einer gewissen Stelle an so etwas wie richtige Operettenluft gefunden hatte, da stellte sich reich heraus, daß es Rusli und Trivialität von gestern war. Will man die „Verde“ retten, dann streiche man so resolut als gründlich. Vielleicht ist dann auch die Situation für die zwei nicht Beförderer, doch auch monoton Ammechbare verurteilenden Solisten und Komparzen — tröstlicher.

Ein Museum, wie es nicht sein soll.

Unsere Museen waren bisher meistens für wissenschaftliche Zwecke bestimmt. Sie sind sogar vielfach zu reinen Lagerhäusern geworden, von denen der Laie wenig oder gar keinen Nutzen hatte. Ein Ausnahmefall dafür, wie ein Museum nicht sein soll, ist das Berliner Museum für Völkerkunde. Heinrich Tunnow, selber ein hervorragender Ethnologe, läßt in der „Neuen Zeit“ eine leibere nur zu berechtigte Kritik daran.

In gedrängter Fülle reißt sich hier ein Glaschaos an den anderen, oft so aufgestellt, daß der größte Teil des Inhalts sich im Halbdunkel befindet. Und in den Schränken stehen vielfach

Reichswirtschaftsamt und Sozialismus.

Der neue Reichswirtschaftsminister Genosse Wissell hatte sich kurz nach seiner Berufung mit einem Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über sein Wirtschaftsprogramm unterhalten. Genosse Wissell hat sich dabei mit ausführlichen sachlichen Gründen gegen wirtschaftliche Experimente und gegen wilde Sozialisierungen ausgesprochen. Er hatte dabei ausdrücklich betont, daß er diese Experimente und Vergewaltigungen gerade deswegen ablehne, um der endlichen Durchführung des sozialistischen Programms und damit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht jeden Boden zu entziehen. Erst muß man wieder lebenskräftige Wirtschaftskörper haben, ehe man sie sozialisieren kann, deswegen will ich mit einer neuen Belebung der Wirtschaft anfangen und verschmähe den billigen agitatorischen Erfolg, mich von Unkundigen und Voreiligen zum Sozialisierungsminister auszuweisen zu lassen.“ In diesem Sinne hatte sich Wissell solbaldig mit seinem Amtsvorgänger Dr. Müller erklärt. Aus dieser einfachen sachlichen Feststellung macht die eckelnde „Freiheit“, daß der neue Reichswirtschaftsminister das Bedürfnis gehabt habe, die Befürchtungen der Unternehmer zu zerstreuen“ und daß es ihm lediglich darauf angekommen ist, das kapitalistische Unternehmertum zu beruhigen. Wir haben die Hoffnung, daß auch die älteren Leser der „Freiheit“ die bisherige Tätigkeit des Genossen Wissell im Dienste der Arbeiterbewegung und gerade seine Verdienste in der praktischen Sozialpolitik genau genug kennen, um das durchsichtige Wandern ihres Blattes zu durchschauen, daß es Wissell, wenn er Experimente und Vergewaltigungen ablehnt, einen Gegner des Sozialismus und einen Beschützer des kapitalistischen Unternehmertums nennt. Der letzte Grund dieses Zugriffs der „Freiheit“ dürfte freilich darin zu suchen sein, daß sie sachlich nichts gegen die Ausführungen Wissells sagen kann und ihn deshalb persönlich angreifen versuchen muß.

Lloyd George und die Internationale.

London, 22. Februar. Reuters. Lloyd George empfing gestern die englischen Vertreter bei der sozialistischen Arbeiterkonferenz in Bern. Lloyd George war noch Lord Curzon antwortend. Die vorgelegten Entschlüsse behandelte die Schuld am Kriege, den Völkervereinigung, das internationale Arbeiterrecht, und die Kriegsgesamtsentlastung. Außerdem behandelte eine Entschlüsselung die Demokratie und diktatorische Herrschaft und stellte fest, daß die angenommenen politischen Prinzipien des demokratischen Sozialismus den bolschewistischen Theorien entgegengesetzt seien. Ferner wurde mitgeteilt, daß eine Untersuchungskommission nach Rußland gehen solle.

Im Laufe der Unterredung gab der Premierminister seine Zustimmung zu einer Anzahl Vorschläge zu erkennen und betonte, daß man in Bern denselben Schwierigkeiten begegnet sei, auf die die Regierungen in der Friedenskonferenz stießen. Er bemerkte, die in Bern getane Arbeit sei sicherlich wertvoll und er werde die Entschlüsse zur Kenntnis seiner Kollegen bringen.

Bergarbeiterstreik in England.

London, 22. Februar. Die Bergarbeiter der verschiedenen Distrikte haben sich nach einer Austermerkung mit überwältigender Mehrheit für den Streik ausgesprochen.

Budapest gegen Kommunistenputsche.

Die Arbeiter fordern die Ausbietung aller Nachmittage.

Als Antwort auf die letzten Vorkämpfe der Kommunisten in Budapest trat am Freitag die sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Demonstrationstreik. Sie versammelten sich auf dem Parlamentsplatz. Kriegsminister Vochta hielt eine kurze Rede gegen die Kommunisten, in der er hervorhob, daß die Umsturzarbeit der Kommunisten von höchstens zwei- bis dreitausend irregulierten halbwüchsigen jungen Menschen getrieben werde. Schließlich wurde in Antrag angenommen, in welchem die Arbeiterpartei gegen die kommunistischen Umtriebe protestiert und die Regierung auffordert, ihnen mit allen ihr zu Gebote stehenden Nachmittagen ein Ende zu bereiten.

Arbeit.

Von Max J. Selig.

Der meiste Fenster liegt grau und dumpf die Finsternis. In diesen Schwaben schneit sich Nebelgewölbe und Schornsteinqualm über Dächer und Straßen hin und weht schwer über dem freien Feld.

Dann und wann hört man den gellenden Pfiff einer Lokomotive, die vor der Einfahrt steht. Jetzt muß hoch oben am Signalmast das rote Licht emporgeschlagen sein. Denn es heßt mit einemmal ein fernes Donnern an, ein dumpfes Rollen. Da kriecht, wie ein malkroter Faden sich aus dem Dunkel hervorhebend, ein Zug leuchtend und stöhnend über die glatten Schienen von Schwabe zu Schwabe vorwärts und verschwindet in der Nacht.

Ganz aus der Ferne noch ein Gleichhakt Klingender Lärme.

Und vor meinem Fenster liegt grau und dumpf die Finsternis. Nichts durchdringt sie. Es scheint, als wenn die ganze Erde vom Schloß der Erschöpfung umfungen ist. Regungslos, sänher und erdrückend senkt sich der graue Nebel herab, als wolle er alles Glanz der Welt zudecken und nimmermehr der Sonne Allgemeint zu ihrem Recht kommen lassen. Die Erde muß ruhen und schlafen. Jegliche Not der Menschheit soll am Boden haften bleiben. Es ist so wie bei dem eingeschneiten Wanderer, dem alle Kraft geschnitten ist und der sich unter einer Schneedecke totem und geborgen glaubt. Und doch ist dieser Traum der Tod.

Erde, du mußt erstochen aus deinem Schoß. Du mußt erheben, um deiner Zukunft willen. Du mußt, sonst stirbst du.

Da schob vor mit einer gewaltigen Feuergerbe auf. Sie loderte wild flackernd gegen den Nachthimmel, und in ihrem Widerschein flatterten die Wollen in wirren Konturen vorüber. Für Minuten war vor die Dunkelheit das Licht gestiegt. Das Licht des Feuers und der Arbeit.

Die Hochöfen loderten und leuchteten. Doch bald erstarben die Flammen. Wer neue Feuer liegen empot. Durch Luftgöckelungen Dampf kochten Arbeiter mit nackten Armen und emblehrt Brust. Wie Siegfriedsöhnen fanden sie vor den geöffneten Kammern mit glühenderrotglühender Kohle und kämpften mit einem Element der Natur gegen das andere. Es war ein Ringen zwischen ungebändigter Kraft zwischen Wasser und Feuer. Und die Glut, die sich durch Menschenhand geschürt, nun einseitig Wahn zu brechen versuchte, unterlag der Macht des Wassers. Jischend wirbelte blutigroter Dampf empot und vermenge sich mit den Nebel- schwaben. Langsam erlöschte die Glut.

Arbeit begwang die Naturgewalten. Und kann Arbeit nicht auch die Welt begängen? Soll nicht auch Arbeit auch die ganze Menschheit wieder heil und frei

ohne jegliche nähere Bezeichnung die verschiedenartigsten Gegenstände in überreicher Fülle nebeneinander. Betroffen steht der Besucher, der sich über die Kulturstufe eines primitiven Volkes, über seine Technik, sein gesellschaftliches Leben unterrichten möchte, vor dieser bunten Maritimenammlung. Er kauft sich einen Katalog und legt nun, daß der Schrank volle Krusen, Schleuder, Schilde, Speere, Picaten, Netze, Masken, Hausgeräte usw. enthält. Weiter nichts. Er kauft seinen Katalog zu und geht weiter.

Oben über dem Schrank sieht, sagen wir meinetwegen, Wismerd-Archipel: „Was die dortigen Einwohner machen sich schon Töpfe.“ Aber wie werden sie hergestellt und wozu dienen sie? Kocht man dort schon mit Wasser, oder werden diese Töpfe und Schalen nur zur Aufbewahrung von Speisen benutzt? Keine Antwort. Nicht weit davon steht das Modell eines Großmüllens-haufes. Was bedeuten die bunten Dachgondeln, was die Einteilung in verschiedene durch Matten getrennte Räume, was die verschiedenen Hochherde?

So gingen täglich viele Besucher durch das Berliner Museum für Völkerkunde mit seinem ungemein reichen Anschauungsmaterial. Aber dieses Material blieb für sie tot; es sagte ihnen nichts, rebete zu ihnen nicht von der Entwicklungs-geschichte der Menschheit, von ihrem harten Ringen nach höheren Daseinsformen. Einfältige Beamte und Professoren haben diesen Zustand selbst beklagt. Verlegung und Umbau des Museums waren auch bereits geplant. Um so notwendiger ist es, immer wieder zu unterstreichen, daß im demokratischen Staat die Museen für alle da sein sollen. Die Erschließung dieser bislang toten Schätze für das gesamte Volk ist eine unabweisbare Aufgabe für die neue Regierung.

Notizen.

— Theater. Infolge der andauernden Erkrankung des Herrn Gallatin muß sowohl die Aufführung von „Salto mortale“ wie der erste Autotenabend des kleinen Theaters vorläufig aufgeschoben werden.

— Louis Quailon, der Schöpfer der wunderbaren „Amazonen“ in der Nationalgalerie, eines jedem Berliner bekannten Bildwerks, ist nach längerer Krankheit gestern in Berlin im 57. Lebensjahr gestorben.

— Eine schwere Gefahr für die Volksgesundheit. Während mit großem Nachdruck darauf hingewirkt wird, daß geschlechtskranke Soldaten sich behandeln lassen und sogar Zwangsbehandlung vorgezogen wird, eröffnet der Herkall der Anwesenheit gerade diesen Gefahren für und vor. In diesen Anzeigen spielen die verlogenen Anpreisungen von rascher, gründlicher Heilung ohne Salvarsan und Quecksilber eine große Rolle. Als weiteres Vordringel dient die Unfähigkeit, keine Verursachung, Fernbehandlung, große Erfolge, neue Methode“. Es kann nur einbringlich vor dieser Gefahr für den einzelnen wie der Gesamtheit gewarnt werden.

Morgen, Sonntag, ist Wahltag!

Wählt die Liste der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei!

Hausangestellte und Gemeindevahlen.

Die Gemeindevahlen stehen vor der Tür. Alle Parteien sind tätig, alle versuchen mit den schönsten Versprechungen. — Versprechungen aus meist recht anrüchlichen Lagern — möglichst viele Wähler an die Wahlurne zu locken. Was wird aufgeboten, um nur allem auf die Hausangestellten einzumwirken, und die Herrschaft, die es früher für unter ihrer Würde hielt, mit den Dienstherrn zu konfizieren, bearbeitet sie jetzt nach allen Regeln der Kunst mit Velehrungen und Vorträgen, um sie für ihre Zwecke gefügig zu machen. Und was tut die sozialdemokratische Partei dazu? Sie, die es doch wirklich nicht erst nötig hat, zu „locken“, sie, als die einzige Partei, die den Hausangestellten wirklich etwas Positives, eine durchgreifende Verbesserung ihrer Lage bringt?

Man hat es bisher zu wenig verstanden, die Hausangestellten für gewerkschaftliche Organisationen zu gewinnen. Einmal Mitglied derselben, wäre das Interesse an den politischen Bestrebungen dann schon von selbst erwacht. Jedenfalls stände man nicht einer berattigen politischen Gleichgültigkeit gegenüber, wie sie leider tatsächlich unter den Hausangestellten heute noch herrscht. Nicht oft genug kann es wiederholt werden, daß die sozialdemokratische Partei allein es gewesen ist, die von jeder Einkünfte für die Abschaffung der schändlichen, aller Menschwürde höhnen sprechenden Gesindeordnung eingetreten ist; daß sie zuerst die Forderung erhoben hat nach besserer Behandlung, angemesseneren Löhnen, nach einer Schlafgelegenheit, die sich nicht auf den Hängeboden oder ein unhygienisches, niedriges Loch beschränkt.

Die Sozialdemokratie erkennt den veralteten Begriff des „Dienstens“ nicht mehr an, demzufolge der Dienstherr Kost und Logis erhält und dafür zum rechtmäßigen Arbeitslohn erstattet wird, das vom frühen Morgen bis zum späten Abend und oft bis in die finstere Nacht hinein für seine Herrschaft schlaffen muß, oft tagelang nicht an die Luft kommt und das niemals auch nur einen Augenblick zum Bewußtsein seiner selbst, seiner eigenen Interessen und Wünsche gelangt. Das soll und muß anders werden! Was jeder Fabrikarbeiterin geboten ist, nämlich die Möglichkeit, nach 6 Uhr abends, nach Schluß der Fabrik, etwas für sich, für ihre körperliche und geistige Pflege zu tun, mit ihrer freien Zeit zu schalten, wie es ihr beliebt — das muß in ähnlicher Form auch der Hausangestellten zuteil werden!

Es sollte auf gelegentlichen Wege außer dem sonntäglichen Ausgange eine tägliche zweistündige Ruhepause — außer den Mahlzeiten — eingeführt werden, in der sie ganz nach eigenem Ermessen für sich lernen, arbeiten, spazieren gehen oder sich ausruhen können. Wenn diese Ruhezeit festzusetzen ist, ob gleich nach der Mittagsmahlzeit oder im Laufe des Nachmittags, könnte vielleicht in einem Vertrag zwischen der Dienstherrschaft und der Angestellten selbst festgelegt werden. Aber eine vertragliche Bindung ist unbedingt nötig, um von vornherein jedes Hinterlistigen zu veranlassen, durch das sonst oft genug die Hausfrau schlafen würde, um dieser Verpflichtung sich zu entziehen.

Diese zweistündige Erholungsperiode trüge unendlich mehr dazu bei, den Hausangestellten das Gefühl ihrer vollen Menschwürde und Menschenrechte zu geben, als alle schönen Reden, als alle patriarchalische Behandlung, wie sie in der Kleinstadt und auf dem Lande noch besonders beliebt ist. Darum erhebe ich die dringende Forderung, nach dieser sozialistischen festgelegten, vertraglich festgestellten Ruhezeit. Diese Forderung in allen unseren Versammlungen, auf allen unseren Versammlungen, wird den Hausangestellten klar beweisen, daß wir es ernst meinen mit der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, daß wir nichts wollen als die wirtschaftliche und kulturelle Hebung ihres Standes wie des ganzen arbeitenden Volkes. So behelft, werden sie den reaktionären Beeinflussungen trotzen und in der nun endlich geheilten Wahl — bei der keine Herrschaft den Stimmzettel, den sie abgeben, kontrollieren kann und darf — in heller Begeisterung eintreten für die Partei des Rechtes, für die sozialdemokratische Mehrheitspartei.

Weil er abvermietete,

erhielt in Panlow ein im Hause Berliner Straße 6 wohnender Mieter die Kündigung. Das Kündigungs schreiben gab diesen Grund ausdrücklich an. Seit 23. September 1918 gilt die neue Mieterschutzverordnung, die den Mietverhältnissen die Entscheidung über die Erlaubnis des Abvermietens zuweist. Vor dem Mieteinigungsamt brachte der Hauswirt dann noch ein paar andere Kündigungsgründe vor, z. B. daß die Frau in der Küche gewaschen hätte und daß in der Wohnung ein Kaninchen gehalten wurde. Nach mehreren Terminen gelangte das Einigungsamt erst am 17. Februar 1919 zu dem Beschluß, daß der Mieter die Wohnung zum 1. April räumen soll. Im Hinblick auf die erwähnte Mieterschutzverordnung wird diese Entscheidung einigermassen hervorstechend. Der Mieter, der jetzt auf die Straße gesetzt werden soll, wohnt in dem Hause seit siebzehn Jahren. Der in einem abvermieteten Zimmer wohnende Untermieter ist ein entlassener Kriegsteilnehmer, dessen Frau im Krankenhaus liegt. Den Hauswirt kennt man in Panlow: er ist der bisherige Gemeindevorsteher, Löffelmeister Seeger. Er möchte jetzt wiedergewählt werden und gehört zu den Kandidaten der sogenannten „Deutschen Volkspartei“, auf deren Liste er an dritter Stelle steht. Wer hat Lust, ihn und seine Leute zu wählen?

Geheimes oder öffentliches Wahlrecht?

Aus Schwabelfeld bei Wobndorf wird uns geschrieben: Seit Beginn des laufenden Jahres gibt es hier am Ort einen sozialistischen Wahlverein, der sich nach und nach entwickelt hat. Dieses Geheimes ist aber den ehemaligen „Herren“ ein Dorn im Auge und mit einer geradezu verblissenen Wut kämpfen sie dagegen. Als nun die deutschen und preussischen Nationalwahlen 154 sozialistische Stimmen brachten, waren die Bauern und Landgüterbesitzer außer sich. Der Pfarrer konnte nicht bezwecken, daß in „einer“ Gemeinde so etwas überhaupt möglich war und seine Gemeindegemeinschaften waren mit ihm einig: man boykottierte, schimpfte, beugte usw. Jetzt kommen die Gemeindevahlen und die Angst steigt. Sie suchten infolgedessen ein Mittel die rote Flut einzudämmen und haben es auch gefunden. Bei einer Gesamtwahlerversammlung von 200 Personen verlangte die Wahlkommission für jeden der beiden Wahlvorstände 80 Unterschriften. Von 200 Wählern sollen also 160 öffentliche dokumentieren, welche Liste sie unterstützen. Die Reaktionen kullerten dabei nicht unrichtig, wenn sie annahmen, daß die Sozialdemokraten die 80 Unterschriften nie zusammenbekommen würden. Und so ist es wirklich gekommen, es ist nicht möglich gewesen, die Unterschriften zu erhalten, so daß unsere Genossen keine Liste aufstellen können.

Gegen eine derartige reaktionäre Anordnung der Wahlordnung muß aufs schärfste protestiert werden. Man wird auch nach oben hin eine Grenze ziehen müssen.

Charlottenburger Einladungslisten zur Stadtverordnetenwahl. Der Magistrat hat für die Stadtverordnetenwahl Einladungslisten an die Wähler versandt. Die Listen sollen als Hinweis bei der Wahl dienen. Wähler, die in der Wählerliste stehen, verpflichtet aber die Einladungslisten nicht erhalten haben, verlieren damit keineswegs ihr Wahlrecht, sondern können selbstverständlich auch ohne Vorzeigung der Einladungsliste wählen.

Aufruf an freiheitlich gerichtete Lehrer und Oberlehrer!

Wir werden um Abdruck nachstehenden Aufrufs gebeten: Die Art, wie seitens in Bismarck die einzelnen Reichsministerien den einzelnen Parteigruppen zugeteilt wurden, läßt in weiten Kreisen die Befürchtung aufkommen, daß ähnliche Kompromisse auch bei der Besetzung der preussischen Ministerien feststehen werden. Die Nachrichten, die die Morgenausgabe des „Berliner Tagebl.“ vom 20. Februar bringt, bestätigen nur die Befürchtungen. Es wäre bedauerlich, wenn nur ein Zweig des bisherigen Kultusministeriums einem nichtsozialistischen Minister übertragen würde. Die Regierung muß dafür Sorge tragen, daß bei der Besetzung des Kultusministeriums Garantien geschaffen werden, daß der freiheitliche Geist, den die Revolution angekündigt und zum Teil auch schon gebracht hat, auch fernerhin erhalten bleibt. Wie die Parteiverhältnisse jetzt liegen, — die sozialdemokratische Partei ist ein bloßer Sammelname, das Zentrum teilweise den Reaktionsären nabestehend, im Wahlkampf ihnen sogar verbündet — ist eine wirklich freiheitliche Entwicklung nur von einem sozialistischen Ministerium zu erhoffen. Das Ziel unserer gegenwärtigen Regierung, die sozialistische Republik, kann nicht lediglich im Verordnungswege eingeführt werden. Eine wirklich fundierte sozialistische Republik kann nur entstehen dadurch, daß Staatsbürger zu wahrhaft sozialem Handeln und Denken erzogen werden. Schule und Lehrer können hierfür, wie für die Erziehung zum Völkerverständnis und Großes leisten. Die Sozialdemokratie, die stärkste Partei des Deutschen Reiches, hat daher die Pflicht, auf alle Zweige des bisherigen Kultusministeriums sich einen maßgebenden Einfluß zu sichern. Das Recht der Selbstbehauptung und der Verantwortung, die die Sozialdemokratie für den neuen Kurs übernimmt, verlangen dies. Jeder Lehrer und Lehrerin an Volks-, Mittels- und höheren Schulen, die unbeschadet ihrer sonstigen Parteistellung den Hauptzweck rechts sehen, werden gebeten, ihre Zustimmung zu Objekten an die Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Erziehung, Berlin W 35, Potsdamer Straße 118, zu richten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung bei den Kriegsgesellschaften.

In der Vollversammlung der Kriegsgesellschaft für Obfikonferten und Karmeladen wurde von dem Referenten wiederum festgestellt, daß die Geschäftsführer eine Verschärfung der Verhandlungen herbeigeführt haben. Nachstehende Resolution wurde den Behörden angelegt:

„Die Vollversammlung der Angestellten der Kriegsgesellschaft für Obfikonferten und Karmeladen bebauct auf das tiefste, daß die beschleunigten und durchaus berechtigten Forderungen der Angestellten sämtlicher Kriegsgesellschaften seitens der Reichsämter unter Einfluß der Direktionsmitglieder abgelehnt worden sind, und spricht ihre Entrüstung über das herausfordernde und beleidigende Verhalten einzelner Direktionsmitglieder der Verhandlungskommission aus.“

Die Angestellten beauftragten ihren Betriebsstellenrat, sofort dem Arbeitsausschuß sämtlicher Kriegsgesellschaften diese Entscheidung bei ihren Verhandlungen den Behörden und Geschäftsführern vorzulegen und gleichzeitig zu erklären, daß die Angestellten der Kriegsgesellschaft für Obfikonferten und Karmeladen m. h. n., falls die Angestellten der anderen Kriegsgesellschaften gleiches Durchführen unserer Forderungen in den Streik treten sollten, sich diesem Vorhaben anschließen werden.

Eine Lohnbewegung für Brotpreiserhöhung.

Der Zentralverband der Bäcker hat im Auftrage einer kürzlich abgehaltenen großen öffentlichen Versammlung eine Bewegung für Aufbesserung der Löhne eingeleitet. Der Bund der Bäcker und Konditoren — eine ausgeprägt gelbe Organisation — ist nun auch auf den Plan getreten, aber nicht nur für die Lohnbewegung, sondern er möchte die Gelegenheit benutzen, um für die Bäckermeister eine Erhöhung des Brotpreises herauszuholen. In einer am Freitag vom Bund einberufenen öffentlichen Versammlung — die aus etwa 150 Personen besetzt war — propagierte der Bundesführer Rischdowski eine Lohnerhöhung, die sich im allgemeinen mit der vom Zentralverband vertretenen deckt. Gleichzeitig trat er dafür ein, daß man den Magistrat ersuche, den Brotpreis um 15 Pf. pro Brot zu erhöhen, damit die Bäckermeister zeitgemäße Löhne zahlen könnten. Als dieser Forderung Rischdowski widersprochen wurde, meinte er, vielleicht würde eine Preiserhöhung um 10 Pf. genügen.

Anhänger des Zentralverbandes, die in der Diskussion sprachen, betonten mit großer Entschiedenheit, daß die Bäckermeister gar keine Veranlassung haben, sich für eine Brotpreiserhöhung ins Zeug zu legen. Die geforderte Lohnerhöhung würde, auf das einzelne Brot berechnet, nur 2 bis 3 Pf. ausmachen. Wenn Rischdowski eine Preiserhöhung von 10 bis 15 Pf. befürwortete, so wolle er also durch die Lohnbewegung den Meistern einen erheblichen Extrageinn zuschlagen. Dazu würden sich die Bäckermeister nicht beugen lassen. Es seien Äußerungen von Bäckermeistern bekannt geworden, die dahin gehen, die Befehle sollten maßlose Forderungen stellen, dann käme es zum Streik und unter dem Druck des Streiks werde der Magistrat den Brotpreis erhöhen müssen. — Weiter wurde ausgeführt, der Brotpreis sei im Verhältnis zum Getreidepreis viel zu hoch. Man solle an maßgebender Stelle für eine Herabsetzung des Getreidepreises eintreten, dann könne das Brot trotz der Lohnerhöhung billiger als jetzt verkauft werden.

Als Rischdowski sah, daß er mit der Vertretung von Meisterinteressen allein bestand, bemühte er sich, den von ihm vertretenen Bund der Bäcker und Konditoren aus der Schullinie zu bringen, indem er die Forderung der Brotpreiserhöhung als seine persönliche Ansicht hinstellte, womit der Bund nichts zu tun habe.

Daß sich die Bäckermeister nicht für die Interessen der Bäckermeister mobil machen lassen, das dürfte nunmehr wohl feststehen.

Verbandsrat der Maschinisten und Heizer.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer beruft die 18. ordentliche Generalversammlung auf den 8. Juni und die folgenden Tage nach Düsseldorf ein. Der Verband hat unter den Kriegswirkungen schwer zu leiden gehabt, sich jedoch finanziell gefestigt. Seit dem Jahre 1917 ist ein Aufstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen, der sich Ende 1918 und Anfang 1919 erheblich steigerte, so daß die Zahl 40 000 überschritten ist. Die Aufgabe des Verbandesorgans „Deutscher Maschinist und Heizer“ beträgt gegenwärtig über 45 000.

Groß-Berlin

Achtung! Arbeiter! Parteigenossen! Achtung!

Wie schon so oft, wird auch gegenwärtig wieder in den verschiedensten Fabriken eifrig für einen Generalstreik, der am Montag beginnen soll, Stimmung gemacht. Angeblich soll dieser Streik notwendig sein, um die Vergarbeiter im Ruhrrevier zu unterstützen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Vergarbeiter die Arbeit nicht freiwillig niedergelegt haben, sondern von einer kleinen Gruppe bewaffneter Terroristen, die in einzelne Schächte einbrachen, dazu gezwungen wurden. Wir empfehlen daher den Arbeitern und Parteigenossen, nur dann die Arbeit niederzulegen, wenn sie von der Sozialdemokratie dazu aufgefordert werden.

Die Bezirksorganisation und die sozialdemokratischen Obmänner und Betriebsvertrauensleute von Groß-Berlin.

(Die Aufforderung zum Sympathiestreik für die rheinisch-westfälischen Vergarbeiter ist sinnlos, weil die Vergarbeiter selbst beschlossen haben, den Generalstreik abzubringen. Red.)

Der Leidensweg des Wohnungsuchers.

Klagen über Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche sind und mehrfach zugegangen. Ein besonderes Kapitel bildet die Abweisung linderreicher Familien, wozu im „Vorwärts“ schon manche Probe mitgeteilt wurde. Ein Kriegsteilnehmer, der blind aus dem Felde heimkehrte, muß jetzt seine Wohnung wechseln. Seine Frau hat bei der Wohnungssuche in Berlin-Nord trüb Erfahrungen gemacht. Klauke sie nach langen Bemühungen etwas Passendes gefunden zu haben, dann wurde ihm die Frage vorgelegt, wie groß die Familie ist. Jetzt sind selbst Familien mit nur zwei oder drei Kindern manchen Hauswirten schon unwillkommen, und zwar kann man das auch in den Arbeitervierteln erleben. Der erblindete Kriegsteilnehmer schildert ein paar Mißerfolge eingehender. In der Hochstraße erklärte ein Hauswirt: „Sie haben Kinder — nee, nee! Mit die Höfen hab' ich schon viel Kerler gehabt, bei mach' id nich.“ Höflicher in der Form, aber in der Sache ebenso schroff äußerten sich ein paar alte Damen, denen ein Haus in der Kolbergstraße gehört. „Ach nein“, sagten sie, „wir möchten lieber Leute ohne Kinder. Die Kinder haben fast alle jetzt Holzschuhe, und das macht einen schrecklichen Lärm auf den Treppen.“ Der Einsender fordert, daß unmaßstäblich gegen solche Hausbesitzer vorgegangen wird. Er empfiehlt ein Verbot zur Enteignung und Verschädlichung der Häuser, von denen die privaten Eigentümer zum Schaden der Gesamtheit einen so schlechten Gebrauch machen. Beherzigenwert ist seine Mahnung, bei den Gemeindevahlen es den Hausagariern nach Verdienst heimzugucken.

Schützt Euch vor Ansteckung!

Wegen der in Berlin auftretenden Fleckfiebererkrankungen kann nur wieder dringend darauf hingewiesen werden, daß es Pflicht jedes Einwohnere ist, sich entlasten zu lassen, denn nur durch die Kleiderlaus wird das Fleckfieber übertragen und ausgebreitet. Die Entlausungsanstalt Schleichers Bahnhofs (Wäter-Ostbahnhof) hat infolge dessen einen Tag- und Nachtbetrieb eingerichtet. Die Anstalt ist geöffnet von vormittags 9 bis 5 Uhr nachmittags und von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Nächtliche Uebergriffe von Mitgliedern der Volksmarineteilung.

Und wird geschrieben: Eine Kompanie des Regiments Reinhardt hat diese Nacht in den Prachtstraßen Alt-Berlin, Blumenstraße 10, ein Tanzgasthaus betreten. Die Soldaten hatten zu diesem Tanzgasthaus ihre Gewehre und, wie verlautet, auch leichte Maschinengewehre mitgebracht. Eine größere Anzahl von Mitgliedern der Volksmarineteilung drang in das Lokal ein, sprengten das Vergnügen, entlockten die Soldaten und nahmen sie fest. Hierbei fielen einige Schüsse, die aber zum Glück kein Unheil anrichteten. Das Regiment Reinhardt schickte hierauf mit Genehmigung der Kommandantur ein stärkeres Aufgebot nach der Blumenstraße, um seine Angehörigen zu befreien. Die Straße wurde durch die Truppen vollständig abgesperrt. Das Kommando der Republikanischen Soldatenwehr griff auf Veranlassung der Kommandantur verhandlungslos ein und gelang ihm schließlich, die Sache zur beiderseitigen Zufriedenheit beizulegen.

Bei den Mitgliedern der Volksmarineteilung machte sich in der letzten Nacht eine außerordentliche Nervosität bemerkbar. Aehnliche Entlohnungsaktionen, wie die oben gemeldete, wurden von diesen an verschiedenen Stellen unternommen. Es wäre daher zu wünschen, daß sich die Mannschaften der Volksmarineteilung zuünftig an das halten, was ihnen von der Kommandantur aufgetragen wird.

Die neuen Beamtenzulagen.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Eine Zulage von 1 200 M. hat die letzte Berliner Stadtverordnetenversammlung den städtischen Beamten und Lehrern bewilligt. So erfreulich diese Tatsache an und für sich ist, so unerfreulich ist doch, daß bei den vorübergehenden Verhandlungen zwischen der Stadt und den Vertretern der Beamtenschaft darauf hingewiesen wurde, daß die Stadtverordnetenversammlung nach den Neuwahlen ein wesentlich anderes Gesicht erhalten dürfte und daß die Beamtenschaft von der zukünftigen sozialistischen Mehrheit nicht zu erwarten habe. Die Vertreter der Beamten waren sich darüber klar, daß dieser Hinweis lediglich als Druckmittel angewandt wurde, um sie zu bewegen, ihre weitergehenden Ansprüche fallen zu lassen. Auch weiß die städtische Beamtenschaft und Lehrerschaft sehr wohl, daß ihre berechtigten Forderungen bei der kommenden Mehrheit mindestens ein ebenso offenes Ohr finden werden wie beim Kommunalfreiwort. Diese Herren vom Spohrliberalismus werden bei den Wahlen am Sonntag schon merken, wie ihr berühmtes „Wohlmollen“ bei der städtischen Beamtenschaft und Lehrerschaft gewertet wird.

Zu dem Verbrechen in der Friedrichstraße wird und berichtet, daß die Leiche des Fräulein Hedwig Kluge gestern im Schauhaufe von den Gerichtsärzten obduziert worden ist. Es ergab sich, daß Fräulein Kluge an Erschöpfung und Verblutung gestorben ist. Ohne genauere Untersuchung ließ sich jedoch nicht sagen, ob die Brandwunden vor oder nach ihrem Tode eingetreten sind.

Verantwortlich für Politik: Fritz Döcker, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Walter Scholz, Neustadt; für Anzeigen: Herbert Glöck, Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag, S. u. S. O., Berlin, Druck: Bornhörs-Puchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., in Berlin, Lindenstraße 3.

